

# Linkes Blatt DIE LINKE.

11. Ausgabe / 28. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

13. November 2018

## Menschen erreichen - Halle verändern

**Zehn Thesen des OB-Kandidaten Hendrik Lange aus der Vorstellungsbrede zur Gesamtmitgliederversammlung der Partei Die LINKE. Halle am 10.11.2018**

1) Wir sind stark durch einen gemeinsamen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl aus SPD, Grünen und LINKE.



2) Dort, wo vermehrt Menschen unter schwierigen sozialen Bedingungen leben, dort, wo vermehrt Menschen leben, die vom Aufschwung nicht profitieren und wo erhöhte Integrationsleistungen erbracht werden, dort brauchen wir die beste Kommunale Infrastruktur.

3) Im Sinne unseres Wohnungspolitischen Konzepts der sozialen Entmischung entgegen wirken.

4) Schwerpunktaufgabe wird, dass niemand sein angestammtes Quartier im Alter verlassen muss, weil er sich die Mieten nicht mehr leisten kann!

5) Wir dürfen die Verkehrswende in unserer Stadt nicht verschlafen! Halle kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn wir wirklich alternative Verkehrskonzepte entwickeln!

6) Die Stadteiltouren werde ich auch im nächsten Jahr weiterverfolgen. Denn ich möchte ein Oberbürgermeister sein, der vor Ort ist. Mir ist es dabei wichtig, nicht nur in großen Veranstaltungen Ideen zu verkün-

den, sondern gemeinsam mit den Menschen Ideen zu entwickeln und diese auch umzusetzen.

7) Transparentes Handeln und Wertschätzung der Verwaltung. Abflachen der Hierarchien - Es muss nicht alles über den Tisch eines Oberbürgermeisters.

8) Die Stadtverwaltung hat Kompetenzen. Ich werde mit der Praxis der Beraterverträge und des ewigen Outsourcings brechen!

9) Ich möchte die Serviceorientierung verbessern. Dazu gehört für mich eine Stelle, die den Kampf gegen Rechts unterstützt genauso, wie ein Fördermittelmanagement, das die Akquise von Fördermitteln für die Stadt übernimmt und auch Vereine unterstützt.

10) Kämpfen lohnt, deswegen möchte ich mit euch gemeinsam in diesen OB-Wahlkampf ziehen, damit Halle lebendiger wird, eine Stadt mit einem Lächeln auf dem Mund, eine Stadt mit Teilhabe und Beteiligung für alle.



**Die Wahlergebnisse findet Ihr auf Seite 16 dieser Ausgabe.**

## Für ein Europa der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens

**Beschluss der 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

Am 26. Mai 2019 wählen wir nicht nur unsere kommunalen Abgeordneten, sondern wir entscheiden auch über das Europaparlament. Die Zukunft der Europäischen Union beschäftigt uns und viele andere Menschen. Dabei sind wir hin- und hergerissen: Einerseits lässt die bestehende Union in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr als zu wünschen übrig. Andererseits verheißen die Stagnations- und Zerfallstendenzen der Europäischen Union nichts Gutes. Denn auch der Rückzug auf den vermeintlich besseren Nationalstaat kann Sozial- und Umweltstandards, Rechtsstaat und Demokratie nicht retten, wenn ihr Ausverkauf in der Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten zum Standortvorteil wird. Zurzeit erleben wir eine tiefe Krise der Europäischen Union. Viele Menschen erfahren soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Sie fühlen sich zunehmend abgehängt und verbinden vor allem in Südeuropa ihre Situation mit der Politik der Europäischen Union. Dies wird von der politischen Rechten ausgeschlachtet, um die Menschen gegeneinander auszuspielen und die politische Unsicherheit zu befördern.

Dabei ist es jedoch nicht „Europa“ in Form der Europäischen Union, die über hilf- und schuldlose Nationalstaaten gekommen ist. Denn nicht nur was in der Europäischen Union passiert, sondern auch wie die Europäische Union konstruiert ist, ist direktes Ergebnis des Handelns der Staaten, die sich in der Europäischen Union zusammengeschlossen haben. Wie in den Nationalstaaten dominiert auch in der Europäischen Union eine Politik, die auf Konkurrenz und Spardiktate zur Umsetzung vermeintlicher Stabilitätskriterien setzt. Diese Politik führt nicht zu mehr Gemeinsamkeit, sondern verschärft die Dominanz der großen EU-Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschlands, die diesen Kurs forciert haben. Ein Zerfall der Europäischen Union würde das nicht ändern. Konkurrenz, Wettbewerbs- und Standortpolitik, Lohn- und Sozialdumping würden unter gegebenen politischen Mehrheitsverhältnissen und ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderung weiterbestehen. Auch die permanente Umverteilung von Reichtum im globalen Maßstab hat kein einiges Europa, sondern

noch dazu in den Ländern Afrikas und der Dritten Welt Armut, Klimakatastrophen und Kriege zur Folge. Die Konsequenz ist, dass Menschen aus diesen Ländern versuchen, ihrer oft lebensbedrohlichen Lage zu entkommen, einige auch durch eine Migration in die Europäische Union. Zurzeit erleben wir, wie die Nationalstaaten auf europäischer Ebene versuchen, sich vor den Folgen dieser Umverteilungspolitik abzuschotten und eine humanistische Lösung zu verhindern. Übrig bleiben der Ausbau Europas zur Festung und das unerträgliche Sterben im Mittelmeer. Dies bedeutet den Verrat an den Grundwerten menschlichen Zusammenlebens. Unsere linke Idee von einem solidarischen, gerechten und offenen Europa ist dies nicht.

Aber die europäische Krise ist auch eine demokratische: Die Rechte von Parlamenten oder der Judikative in den Nationalstaaten werden eingeschränkt, die Pressefreiheit behindert, Bürger- und Menschenrechte ausgehebelt. Krisengipfel der Staats- und Regierungschefs, die einseitig und ohne das Votum des Europäischen Parlaments erfolgen, die Abschottung und die Verstärkung der Grenzsicherung der Europäischen Union beschließen, Staats- und Regierungschefs, die in ihren Mitgliedsstaaten stetig die Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte oder die Gewaltenteilung aushebeln. Unsere linke Vorstellung von einem demokratischen und rechtsstaatlichen Europa ist dies nicht. Eines der zentralen Probleme der Europäischen Union ist ihre dominante Ausrichtung auf einen möglichst deregulierten Binnenmarkt. Die Folgen waren in der Vergangenheit Sozial- und Lohndumping auf Kosten der Arbeitnehmer\*innen, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit abhängig vom Geschlecht und der Herkunft, die Schleifung von Arbeitnehmer\*innen-schutzrechten unter dem Deckmantel des uneingeschränkten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs. Unsere linke Vorstellung von einem sozialen Europa ist dies nicht. Einerseits müssen wir daher konstatieren: Viele Menschen in Europa und der Europäischen Union glauben nicht mehr an eine gemeinsame europäische Zukunft. Perspektivlosigkeit macht sich breit. Viele fürchten, dass es ihren Kindern schlechter gehen wird als ihnen

selbst. Sie verbinden Europa und vor allem die Europäische Union mit Finanz- und Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Bürokratie und haben das Gefühl, kaum Einfluss auf die Zukunft nehmen zu können.

Andererseits gibt es viele Menschen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, die ihre Hoffnungen mit der europäischen Integration verbinden. Sie erleben, wie Faschisten und Nationalisten die Europäische Union und Europa zerstören wollen, wie ein gefährlicher Nationalismus um sich greift. Viele fühlen sich angesichts der Entwicklung in Europa an die 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert, an zwei durch Nationalismus hervorgerufene Weltkriege und haben Angst davor, dass sich dieses Schicksal mit einem Auseinanderbrechen der Europäischen Union wiederholt. Spätestens seit dem Brexit wissen viele Menschen, dass es wichtig ist, die europäische Idee und die Europäische Union zu retten.

In einer Zeit, in der nicht nur die Europäische Union als Institution von rechts bedroht ist, sondern auch das friedliche Zusammenleben der Menschen auf dem Kontinent Europa, wo Nationalisten nach der Macht in den einzelnen Nationalstaaten, aber auch auf der Ebene des europäischen Parlaments greifen, in der einzelne Nationalstaaten gültiges internationales Recht oder auch die demokratischen und menschenrechtlichen Grundprinzipien außer Kraft setzen, braucht es eine starke, einige und entschlossene Linke, die dagegen ankämpft.

Nach unserer linken Vorstellung ist die Europäische Union weder ein nationales noch ein geographisches, sondern ein politisches Projekt, welches die Unterschiedlichkeit der Regionen berücksichtigt. Sie umfasst alle Menschen, die sich auf ihrem Territorium befinden. Sie lädt die Menschen anderer Länder ein, sich ihr anzuschließen. Sie kennt keine Abschottung, keine Mauern und keinen Stacheldraht. Unsere Vision eines europäischen Selbstverständnisses orientiert sich an den Grundwerten der französischen Revolution, sie ist von Freiheit, Gleichheit und Solidarität geprägt. Teil dieser Union kann werden, wer sich zu ihren Prinzipien bekennt. Es gibt keinen Ausschluss wegen Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Unsere linke Vorstellung von einer freien und einigen Europäischen Union beinhaltet eine wirkliche europäische Integration anstatt einer Renationalisierung. Sie beinhaltet das Bekenntnis zum friedlichen Zusammenleben auf diesem Kontinent. Es soll ein Europa

werden, in dem wir völlig selbstverständlich und frei zwischen Kiel und Zagreb reisen. Jeder Mensch sich ohne Einschränkung aussuchen kann, an welchem Ort er leben und arbeiten will.

Unsere linke Vorstellung von einer demokratischen Europäischen Union beinhaltet eine Stärkung des Europäischen Parlaments vor allem gegenüber den Staats- und Regierungschefs. Wahlrechtsgleichheit, direkte Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung, Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich europäischen Demokratie.

Unsere linke Vorstellung von einer solidarischen Europäischen Union setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Denn wir, die wir die Grenzen zwischen Ost und West, Stadt und Land in der Bundesrepublik kritisieren, haben ebenso einen Blick auf die ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd sowie Zentrum und Peripherie in Europa. Wir als Ostdeutsche haben aus den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen nach 1989 in besonderer Art und Weise erfahren, was ungleiche Lebensverhältnisse für abgehangene Regionen bedeuten. Die besondere Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen muss deswegen ausgebaut werden, das nützt letztendlich auch den wirtschaftlich stärkeren Regionen.

Unsere linke Vorstellung von einer sozialen Europäischen Union beinhaltet daher auch EU-weite Mindeststandards zum Beispiel bei Beschäftigungsbedingungen oder der Mitbestimmung im Betrieb, geschlechts- und herkunftsunabhängige Löhne, Mindestlohnkorridore oder auch eine EU-weite Arbeitslosenversicherung. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben (soziale Fortschrittsklausel).

Unsere linke Vorstellung von einem gerechten Europa verlangt den menschengemachten Klimawandel anzuerkennen und europa- und weltweite Lösungen zu finden. Große Probleme erfordern große Lösungen. Eine Steuerpolitik, die Flucht wirksam bekämpft und die Ressourcen für die soziale Sicherung, öffentliche Daseinsvorsorge und Umweltschutz bereitstellt. Gemeinsame Investitionsprogramme, welche Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen und alle fair an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen. Um

diese Ziele zu erreichen, lehnen wir Freihandelsverträge wie TTIP, CETA und TISA ab, die Beschäftigten- und Verbraucher\*innenrechte einschränken wollen.

Unsere linke Vorstellung von einer friedlichen Europäischen Union wendet sich gegen die zunehmenden Versuche, die Europäische Union zu einer global agierenden militärischen Interventionsmacht auszubauen.

Die Europäische Union muss als globaler Akteur den Interessensausgleich und die Zusammenarbeit vor allem mit Russland, den Staaten des Nahen Ostens und Afrikas organisieren mit dem Ziel, in diesen Ländern nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, Brücken zu bauen, statt auf Konfrontation zu setzen. Diese Aufgaben können überhaupt nur in einer gemeinsamen Europäischen Union koordiniert und

gelöst werden.

Unsere linke Vorstellung von einer offenen Europäischen Union für alle beinhaltet eine andere Migrations- und Asylpolitik. Die Aufnahme von Menschen und ein humaner Umgang mit ihnen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht um die Gewährleistung von legalen Fluchtwegen, Schutz und Integration.

Wir stehen in der Verantwortung, der neoliberalen Politik und dem in der Mitte der Gesellschaft angekommenen Rechtstrend, die das zivilisatorische Erbe dieses Kontinents insgesamt bedrohen, etwas entgegenzusetzen.

Wir kämpfen für eine Europäische Union der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens, deshalb werben wir für jede Stimme bei der Europawahl am 26. Mai 2019.

## **Europa anders machen!**

### **Die Regionalkonferenzen der LINKEN zur Diskussion des Europawahlprogrammes**

Gemeinsam mit allen Mitgliedern und Interessierten wollen wir uns im Vorfeld des Europa-Parteitages auf den Wahlkampf einstellen. Auf drei Regionalforen im Herbst werden wir dafür die europapolitische Ausrichtung der LINKEN diskutieren. Die Ergebnisse sollen in die Erarbeitung des Europa-Wahlprogramms der LINKEN einfließen, dessen erster Entwurf dann Mitte Dezember beschlossen wird.

Die Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 finden in Zeiten einer starken Polarisierung statt. Auf der einen Seite droht nun auch auf europäischer Ebene eine politische Verschiebung nach rechts – und ein Bündnis aus extrem rechten und neoliberalen Kräften. Doch auf der anderen Seite ist viel in Bewegung: Europaweit gehen Menschen gegen Rassismus, Aufrüstung und Abschottung auf die Straße, sie streiten für bezahlbare Wohnungen und faire Löhne ebenso wie für Feminismus und den Schutz des Klimas, sie kämpfen gegen den Pflegenotstand und Diskriminierung. Auch die LINKE wächst, im vergangenen Jahr sind tausende Menschen in unsere Partei eingetreten. Das zeigt: Ein „Weiter-so“ wird es nicht geben. Entweder Europa geht nach rechts, in Richtung eines autoritären Kapitalismus im Sinne der Orbans, Trumps und Gaulands – oder es gibt eine linke Alternative.

Es geht jetzt darum, die LINKE zu stärken, um Europa anders zu machen. Die LINKE steht gegen

Kürzungspolitik und Rassismus, gegen soziale Ungleichheit und die Abschottung einer Festung Europa. Sie steht für ein soziales, zukunftsfähiges Europa: ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, im Interesse der Beschäftigten, Erwerbslosen und jungen Menschen, gegen die grenzübergreifende Komplizenschaft der Superreichen und die Hetze von rechts. Ein Europa, das den Klimaschutz und die Wirtschaft auf ökologische, soziale und nachhaltige Füße stellt.

Wir wollen diskutieren:

Mit welchen Forderungen untersetzen wir diese Ziele?

Welche konkreten Projekte verfolgen wir?

Und wie schaffen wir die Dynamik für einen erfolgreichen Wahlkampf?

\* Regionalkonferenz Südwest am Sonntag, den 4. November von 11 bis 17 Uhr im DGB-Haus in Mannheim, mit Katja Kipping

\* Regionalkonferenz Ost am Samstag, den 24. November von 11 bis 17 Uhr im Refugio in Berlin-Neukölln, mit Harald Wolf

\* Regionalkonferenz Nordwest am Sonntag, den 2. Dezember von 11 bis 17 Uhr in der Volkshochschule in Bielefeld, mit Bernd Riexinger

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 24. Oktober 2018

Bleiben die Bäume am Riveufer, wer wird Wahlleiter, kommt ein neuer Rewe-Markt in Heide –Süd, wie geht es am Riebeckplatz weiter? All diese und weitere Fragen sollten in der Stadtratssitzung beantwortet werden.

Der Reihe nach!

Es gibt tatsächlich grünes Licht für den Bebauungsplan am Riebeckplatz. Zahlreiche Diskussionen im Vorfeld, in den verschiedenen Ausschüssen etc. haben bewirkt, dass mancher Stadtrat schon gar nicht mehr richtig, „durchsah“. In der Stadtratssitzung wurde nun auch mit unseren Stimmen, ein Bebauungsplan für den gesamten Riebeckplatz beschlossen. Im Vorfeld standen in den Ausschüssen Teilbebauungspläne auf der Tagesordnung, die auch von uns abgelehnt worden. Der Oberbürgermeister ist nun auf die Forderungen der Stadträte eingegangen. Mit diesem Beschluss wurde auch ein Begleitgremium beschlossen, welches die Umsetzung des B-Planes überwacht. Mitglieder aller Fraktionen sind dabei; die erste Sitzung fand bereits am 7. November statt.

Große Diskussionen gab es um den Bau eines neuen Rewe-Marktes in Heide –Süd. Grundlage der Ansiedlungen neuer Märkte bildet das Einzelhandels- und Zentrenkonzept. Dieses Konzept regelt, wieviel Einzelhandelsflächen mit welchen Sortimenten in der Stadt Halle vorgehalten werden und welche Bedarfe entsprechend erfüllt werden müssen. Schon in der Einwohnerfragestunde des Stadtrates haben mehrere EinwohnerInnen aus diesem Wohngebiet deutlich gemacht, dass der Markt von den Einwohnern gewünscht ist. Das genannte Einzelhandelskonzept legt aber dar, dass die Versorgung mit den Sortimenten des Einzelhandels ausreichend ist. Mit einer denkbar knappen Mehrheit wurde der neue Rewe-Markt abgelehnt. Inzwischen gibt es Bemühungen des OB, den Beschluss wieder aufzuheben. Wir schauen mal.

Aber die Bäume am Riveufer bleiben! Im Vorfeld des

Beschlusses im Stadtrat gab es verschiedene Studien darüber, ob die Linden am Riveufer auf Grund von Bauarbeiten erhalten bleiben können oder weichen müssen. Zahlreiche Proteste unterstrichen die Suche nach einer Lösung, um die Bäume zu erhalten. Nun sagt der Beschluss des Stadtrates, dass so viele Bäume wie möglich erhalten bleiben sollen. Die Straße soll zudem auf 3,5 Meter Breite verkleinert werden, damit der Ausbreitung der Bäume Rechnung getragen werden kann. Um die Bäume zu schützen, dürfen ab sofort keine Autos die Straße befahren.

Der Oberbürgermeister wurde vom Stadtrat als Gemeindevahlleiter eingesetzt. Das ist neu, denn bisher wurde für diese Aufgabe immer Herr Geier, der Bürgermeister, berufen. Nach dem Gesetz ist dieser Beschluss rechtens. Der Oberbürgermeister empörte sich über den Beschluss im Stadtrat mit den Worten: „Ihnen ist parteiübergreifend ein großer, bemerkenswerter Coup gelungen“ Mit dieser Benennung kann sich der OB als unparteiischer Wahlleiter nicht mehr am Wahlkampf beteiligen.

Beschlossen wurde auch der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Noch steht nicht fest, welchen genauen Anteil der Finanzierung vom Land Sachsen-Anhalt zu erwarten ist. Die TOOH soll bis zum Jahr 2020 462 Mitarbeiter betragen (aktuell 464).

Im Stadtrat gibt es ab sofort eine AFD-Fraktion. Die bisherigen parteilosen Stadträte Markus Klette und Helmut Kaßner haben ihr Mandat zurückgegeben. Die beiden Nachrücker bilden mit Alexander Raue eine Fraktion. Damit sind jetzt in allen Ausschüssen Mitglieder der AFD-Fraktion (außer Jugendhilfeausschuss) vertreten. Die CDU-Fraktion musste auf Grund dieser Konstellation einen Sitz in den entsprechenden Ausschüssen abgeben.

Ute Haupt

Stadträtin

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
08. 11. 2018  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 06. 12. 2018

## Mit dem Petra-Sitte-Bus in den Bundestag

Viele wunderbare und nachhaltige Eindrücke von der Busreise am 18./19. 10. 2018 nach Berlin lassen mich voller Genugtuung und mit einem freudigen Dankeschön diese Gedanken aufschreiben:

Jeder Bundestagsabgeordnete hat das Recht, von seinem Wahlkreis aus drei Informationsbusreisen für Mitglieder und Sympathisanten seiner Partei nach Berlin und in den Deutschen Bundestag zu organisieren. Wir hatten das Glück, zwei Plätze zu erhalten. Das Bundespresseamt ist der Kostenträger dieser Reisen und deshalb wohl auch der erste Besuchsort unserer politischen Bildungsfahrt. Wir wurden darüber informiert, wie die Bundeskanzlerin jeden Morgen mit den wichtigsten Welt-Agenturmeldungen und Berichten aus allen wichtigen Zeitungen digital und in den „Mappen 1 und 2“ versorgt wird, um sich gründlich auf ihren politischen Alltag vorbereiten zu können. Ein Inhaltsverzeichnis konnte ich in den Mappen nicht entdecken, deshalb auf die Schnelle auch keinen „nd“-Hinweis. Fragen waren erwünscht und wurden gestellt. Nur eine Frage konnte nicht beantwortet werden, nämlich die, ob es im recht umfangreichen Pressearchiv auch eine Abteilung DDR-Presse gebe. Für Spaß war im Bundespresseamt auch gesorgt worden: Jeder, der Lust hatte, konnte den Platz hinter dem Pressekonferenzen-Pult der Kanzlerin einnehmen. Ich probierte es auch. Meine Frau machte einen Schnappschuss mit dem Handy, den mein Sohn ironisch mit der Bemerkung „Endlich ging ein Traum in Erfüllung!“ kommentierte. Am Nachmittag waren wir im Karl-Liebknecht-Haus. Zwei junge Genossen aus dem Hause informierten uns über die Geschichte und die Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE. Anschließend wurden aktuelle Probleme diskutiert. Grundtenor war: Die Bundesregierung sollte weniger den Konzernen in die Hände arbeiten (Diesel-skandal!) und ein gerechteres Steuersystem wirksam werden lassen, um sozial gerechter agieren zu können. In der Mitnehm- Souvenirtasche entdeckte ich ein kleines Plakat – erst wollte ich es gar nicht aufklappen, wie gut, dass ich’s tat - , auf dem geschrieben stand: „Ich liebe Dich! DIE LINKE.“ Dieser Schriftzug beeindruckte mich und ließ mich an ein „Japanisches Gedicht“ denken, das mich als Maxime schon ein Leben lang begleitet: „Viele Gedichte klingen wahr./ Aber die tiefste Wahrheit/ lebt in denen,/ die einfach

sind wie Kinderworte.“ Ich dachte: So kann man am besten überzeugen, mit einfachen Worten! Nach dieser Runde lief uns im Flur Bernd Riexinger über den Weg. Er grüßte wieder. Meine Frau scherzte: „Er sieht in natura viel besser als im Fernsehen aus.“ Zum weiteren Besuchsprogramm gehörte das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Die vielen Steinquader ließen uns an die schrecklichen, kaum vorstellbaren Gräueltaten denken, die Ausstellung unter dem Denkmal noch viel mehr. Besonders berührten uns die sehr wirksam dokumentierten Einzelschicksale, sie blockierten mitunter meinen Kehlkopf. - Im Sony-Center, bei einem wunderbaren Abendessen im australischen Restaurant „Corroboree“, endete dieser erste Erlebnis-Reisetag. Es wurde was geboten! Kann man nicht anders sagen.

Der nächste Tag – nach einer guten Hotelnacht – begann mit einer Stadtrundfahrt. Reiseleiter war Alexander, ein Deutscher aus NRW (Vater: Grieche, Mutter: Deutsche), der uns auf erheiternde Weise jede Ecke Berlins vorstellte, u. a. Kreuzberg, in dem die Eisdiele schlicht und einfach „Leck mich!“ heißt. Im Karl-Liebknecht-Haus erhielten wir gestern in der Souvenir-Tasche rote Lutscher, die auch zum „Leck mich!“ aufforderten. Wir hatten das Gefühl, dass Alexander Berlin wie seine Jackentasche kennt. Seinen Sprechfluss unterbrach er nur einmal an den beiden Domen auf dem Gendarmenmarkt, in dessen Mitte ein Schillerdenkmal – umgeben von mehreren Musen - in weißem Marmor leuchtet. Vielleicht wollte er damit bezwecken, dass wir ein wenig der Dinge gedenken, die sich am 10. Mai 1933 auf dem Opernplatz, den wir vor wenigen Minuten passierten, abgespielt haben, als die Braunhemden die Bücher u. a. von Kästner, Kafka, Kisch, Heine, Tucholsky, Ossietzky, den Manns und Marx verbrannten. Nach der Rundfahrt übernahm Ilonka wieder das Zepter; sie war unsere Reiseleiterin an beiden Tagen. Sie stammt aus Schleswig-Holstein, ihre Sprechweise wirkt wohlthuend beruhigend und sicher. Sie führt uns zum Essen und anschließend in den Bundestag. Sie kennt Petra Sitte noch nicht, das wird sich aber bald in dem Gespräch mit ihr ändern. Eine ganze Stunde dürfen wir zunächst der aktuellen Bundestagsdebatte beiwohnen. Schlafen darf man während dieser Stunde nicht, sonst wird man des Saales verwiesen. Missfallens-

bzw. Sympathiebekundungen sind auch nicht erlaubt. Es wurde gerade über einen Antrag der LINKEN zum erschreckenden Verhalten des „Ryanair“-Managements gegenüber den Piloten, Flugbegleitern und dem Bodenpersonal dieser Firma debattiert. Mit Ausnahme von FDP und AFD äußern sich alle Parteien positiv, die SPD will den Antrag sogar weiterentwickeln(!). Der Antragsvortrag der LINKEN konnte von uns nur im letzten Drittel gehört werden, da wir dafür etwas zu spät eingelassen wurden. Aber wir haben die LINKEN im Idealzustand erlebt: Eintreten für die soziale Würde der Mitarbeiter von Ryanair. Es war das erste Mal, dass ein Unternehmen im Bundestag zur Debatte stand. Ja, und dann kam Petra Sitte zu uns in einen Nebensaal, um mit uns über all das zu reden, was die 48 Hallenser und Merseburger bewegte, um die sich übrigens Dirk Gernhardt als Mitarbeiter des Wahlbüros von Petra Sitte die Tage rührend gekümmert hat. Petra informierte über ihr umfangreiches Arbeitspensum, sei aber froh, sich nun wieder mit ihrem Lieblingsthema, nämlich „Wissenschaft und Forschung“ in einem Ausschuss und in einer Enquetekommission (Digitalisierung!) beschäftigen zu können. Jemand wollte wissen, warum die Abgeordneten während der Debatte herumlaufen und miteinander reden oder mit ihrem Smartphone hantieren. Tradition! Da müsse man beides können: Zuhören und... Ich sah Anton Hofreiter in der letzten Reihe seiner Fraktion sitzen und die ganze Stunde ein Gespräch mit einer Kollegin führen. Da hätte ich gern mal reingehört. Ich wage zu bezweifeln, dass er beides kann. Von Differenzen zwischen S. Wagenknecht und dem Parteivorstand sprach Petra; von Lösungsstrategien, Toleranz oder solidarischen Bekundungen gegenüber „Aufstehen“ war noch nicht die Rede. Aber an „Unteilbar“ sei die LINKE mit einem großen Block beteiligt gewesen. Sahra hatte sich ja bekanntlich distanziert, sie hatte ihre Gründe, aber die fand ich kindisch. Während ich an die Differenzen in den führenden LINKE-Parteigremien dachte, kam mir erneut ein Gedicht in den Sinn. Es stammt von dem in Zörbig geborenen Victor Büthgen (1844-1920): „Ich war mal auf dem Dorfe. / Da gab es einen Sturm, / da zankten sich fünf Hühnerchen / um einen Regenwurm. / Und als kein Wurm mehr war zu seh'n, da sagten alle „Piep!“ / da hatten die fünf Hühnerchen / einander wieder lieb.“ - Ilonka bedankte sich persönlich bei Petra für die Gesprächsrunde; nun kannte sie eine

Politikerin mehr. Dann wurde ein Gruppenfoto auf dem Dach des Bundestags geschossen. 14 Tage später sollen wir es in Händen halten können. Nun konnte der Aufstieg in Normen Forsters Kuppel beginnen, in deren Mitte ein imposanter Spiegel-Kristall-Wirbel bis in ihre Spitze ragt. Der Rundumblick auf Berlin war schön, aber immer durch die dicken, horizontal verlaufenden Metallbänder gestört, das war weniger schön. Uns ging durch den Kopf: Man merkt schon, dass Berlin einst eine kriegszerstörte Stadt war, denn heute ist sie von hier oben eher eine Stadt der großen Kästen, die von den schönen Flecken Berlins ablenken oder sie verschlucken. Das schöne Berlin erschließt sich einem wohl eher zu Fuß. Wie dem auch sei, dies war eine wunderbare Reise, die wir nicht vergessen werden. Vielen Dank dem Organisator und Betreuer Dirk Gernhardt und der MdB Petra Sitte!

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

**24. November 2018 um 10 Uhr im  
Schlossgartensalon, Mühlberg 1,  
06217 Merseburg**

Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der  
Delegierten für den Landesparteitag 2019/2020  
und der Vertreter\*innen zur Aufstellung der  
Kandidierenden zur Europawahl 2019

**Am 21. November ab 17 Uhr im  
Linken Laden**  
trifft sich der **Gesprächskreis**  
**Gesellschaftskonzeptionen** zur Information  
und Diskussion über die Sammlungs-  
bewegung: "Aufstehen".

**Senioren - Café**  
**am 28.11.2018 ab 14:30 Uhr**  
**im Linken Laden, Leitergasse 4:**  
Weihnachtlicher Jahresausklang mit Rückblick  
auf 2018 und Vorschau 2019

## Solidarische Hilfe für kleine Patienten

Die Solidaritätsorganisation Cuba Sí unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problemschwangerschaften in Havanna

In der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna kommen jährlich rund 4000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ sind heute



Ein kleiner Patient in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ (Bildquelle: Cuba Sí)

# Cuba Sí

deshalb veraltet oder defekt.

Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik in Havanna gekauft werden. Schon im Mai dieses Jahres konnten die Cuba Sí-Mitstreiter einen ersten Solidaritätscontainer mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial auf die Reise nach Kuba schicken.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.

Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Si  
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10  
BIC/SWIFT-Code: BELA DE BE XXX  
Verwendungszweck: Kuba muss überleben

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí unter: [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org)





## In Berlin und (H)alle dabei – Jeden dritten Tag

Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau ermordet. Das Bundeskriminalamt berichtet, dass im Jahr 2016 insgesamt 7.919 Fälle von Vergewaltigungen und sexueller Nötigung zur Anzeige gebracht wurden. Die Tatverdächtigen waren zu 94 Prozent männlich, die Opfer zu 94,1 Prozent weiblich. Am häufigsten tritt Gewalt an Frauen in Form von Stalking, Mord, Totschlag, Vergewaltigung und Nötigung in partnerschaftlichen Beziehungen auf. 2016 gab es in diesem Bereich laut dem Bericht des BKA 133.080 registrierte Opfer. Sie waren zu 81,9 Prozent weiblich und die Tatverdächtigen zu 80,6 Prozent männlich. 15.500 Mädchen sind 2018 in Deutschland von Genitalverstümmelung betroffen.

Das sind krasse Zahlen.

Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffern dürften weit höher liegen.

Bei solchen Fakten gruselt es – vor allem aber dann, wenn Männer davon sprechen, dass sie sich von Bewegungen wie #MeToo bedroht fühlen. Gewalt gegen Frauen ist alltäglich und in den verschiedensten Spielarten überall anzutreffen. Männer fühlen sich von der nun offen gelebten Debatte bedroht? Sie sind es nicht, die im Dunkeln schnellen Schrittes und mit äußerster Vorsicht, möglichst nicht alleine den Heimweg antreten. Sie sind es nicht, die in Diskotheken und Bars stets einen Blick auf ihre Gläser haben müssen. Sie sind es nicht, die sich anhören müssen, wie sie sich zu kleiden haben. Sie sind es nicht, die täglich mit lästigen Sprüchen und Blicken, häufig auch unerwünschten Berührungen belästigt werden. Sie sind es nicht, die immer noch am häufigsten in der Werbung wie Frischfleisch oder Objekte präsentiert werden. Sie sind es nicht, denen von Männern vorgeschrieben wird, was sie mit ihren Körpern zu tun und zu lassen haben; Stichwort: § 218 StGB und § 219a StGB, die Pille danach etc.

Die Bedrohung kommt nicht von den Frauen, die sich erneut beziehungsweise immer noch für ihre Rechte und ihren Schutz einsetzen müssen. Sie kommt von jener Seite, die nicht verstehen will, dass Frauen keine Menschen zweiter Klasse sind, keine Objekte, über die verfügt werden kann. So lange wie das nicht klar ist, werden Frauen laut und unbequem gegen jedwede Gewalt und jedes Unrecht eintreten.

Genau das taten vor knapp 60 Jahren drei Schwestern

in der Dominikanischen Republik. Die Mirabal-Schwestern organisierten Aktionen gegen den tyrannischen Diktator Trujillo.

Sie wurden dafür gefoltert und ermordet. Das geschah am 25. November 1960.

Dieses Datum wird seit 2001 jährlich als Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen begangen. Dafür werden weltweit Fahnen gehisst und Aktionen veranstaltet, die an dieses Unrecht erinnern sollen. Auch in Halle wird es wieder ein offizielles Fahnenhissen auf dem Marktplatz geben, allerdings bereits am 23. November.

Doch Fahnen zu hissen reicht nicht. Es müssen politische Veränderungen her, nicht nur beim Thema Gewalt an Frauen, sondern auch beim Thema Sexismus. Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag fordert daher einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder und eine dauerhafte und bedarfsgerechte Sicherstellung der Finanzierung des Schutz- und Hilfesystems.

Es braucht einen Aktionsplan gegen Sexismus, bestehend aus einer geschlechtersensiblen Pädagogik, Frauenquoten, unabhängigen Kontrolle zur Unterbindung sexistischer Werbung, eine Aufwertung sozialer und personenbezogener Dienstleistungen und vieles mehr. Letztere sind beispielsweise Berufe und Tätigkeiten in der Erziehung oder im Gesundheits- und Pflegebereich, die zu einem Großteil von Frauen verrichtet, personell und materiell unterversorgt sind sowie viel zu gering vergütet werden, was zu Altersarmut führen kann.

Darüber hinaus fordert die Linksfraktion die ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches. Dafür soll das Angebot freiwilliger Beratungen zum Schwangerschaftsabbruch ausgebaut und Plankrankenhäuser zur Durchführung von Abbrüchen verpflichtet werden, um eine wohnortnahe Versorgung sicherstellen zu können.

Mehr zu den Themen der Linksfraktion findet ihr auf der Homepage unter [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de). Kämpft mit uns gemeinsam, nicht nur am 25. November, für eine soziale und gerechte Welt ohne Gewalt und Unrecht.

Wir zählen auf euch!

Dr. Petra Sitte



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat  
November Geburtstag haben.

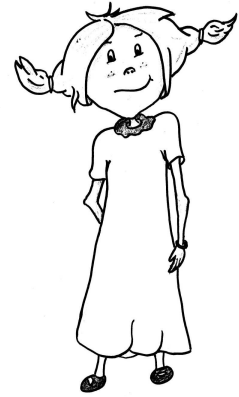


## Post von Lene

Liebe Linke,  
jetzt muss ich mir erst einmal Luft machen! Ich bin einfach fassungslos! Da gibt es doch tatsächlich bereits in mehreren Bundesländern ein Online-Portal, in dem Schülerinnen und Schüler „politische Äußerungen von Lehrkräften“ melden sollen. Und wer hat das eingerichtet? Na, klar, die rechte, mit Nazis bestückte AfD. Also eine Art Petz- und Hetz-Einrichtung! Wir sollen jetzt unsere Lehrer bespitzeln und melden, wenn sie ihre Meinung (wenn sie kritisch ist) zu Gedanken oder Parolen der AfD äußern. Das darf doch nicht wahr sein! Zum Unterricht gehören doch auch politische Diskussionen, in Sozialkunde zum Beispiel oder auch in Geschichte. So was wie die Nazidiktatur einschließlich ihr Spitzeltum darf sich doch nie wiederholen! Wie sollen wir Schüler ohne Diskussionen in der Schule denn sonst erkennen, dass rechte Parolen vor Menschenverachtung nur so triefen? Ich weiß aus meiner Klasse, dass in so manchen Familien kaum über Politik geredet wird, schon gar nicht vor oder mit den Kindern. Sollte etwa unsere Lehrerin nicht ihre Meinung sagen, dürfen, wenn wir über dieses Zitat aus AfD-Gaulands Rede auf irgendeinem Kongress der AfD (habe ich von Papa erfahren) zur deutschen Geschichte diskutieren: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in der über 1000 Jahre erfolgreiche deutsche Geschichte.“ Ich habe zu diesen 1000 Jahren meine Großeltern näher befragt, denn im Unterricht ist gerade die Französische Revolution von 1789 dran und keine deutsche Geschichte. Ich schreibe jetzt einfach mal auf, was ich unter anderem von ihnen erfahren habe:

Von Deutschen wurde bereits 1904 der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts begangen! Damals hatte das Deutsche Kaiserreich in Südwestafrika eine Kolonie und deren Bewohner wurden gnadenlos ausgebeutet. 1904 erhoben sich deswegen die dort lebenden Völker der Herero und der Nama gegen die deutschen Herren. Nachdem die Herero besiegt waren, wurden sie mit ihren Frauen und Kindern in eine Wüste getrieben, wo die meisten von ihnen qualvoll verdursteten. Nur wenige überlebten die Wü-

ste. Diese Wenigen wurden in ein Lager gesperrt, und die Hälfte von ihnen starb dort. Von den 100 000 Herero und Nama überlebten nur etwa 20.000 diesen blutigen Krieg. Erfolgreiche deutsche Geschichte?? Von meinen Großeltern erfuh ich, dass Deutschland für den Ausbruch des 1. großen Weltkrieges, der von 1914 bis 1918 dauerte, eine



große Verantwortung anzulasten ist. Durch deutsche Truppen wurde erstmalig in der Geschichte Giftgas eingesetzt. Unzählige Kriegssopfer waren zu beklagen, in Deutschland herrschte Hungersnot. Mehrere hunderttausend Menschen zu Hause, vor allem Frauen und Kinder starben an Hunger und Seuchen.

Erfolgreiche deutsche Geschichte??

Soll das jetzt im Unterricht weggelassen werden, damit noch mehr den Parolen der Nazis nachlaufen? Wir müssen im Unterricht einfach auch über solche Äußerungen von AfD-Leuten diskutieren dürfen, auch unsere Lehrer! Natürlich sollen sie uns ihre Meinung nicht einfach „aufdrücken“ und damit basta! Und das machen sie bei uns auch nicht. Jetzt will die AfD – Fraktion in unserem Hohen Haus in Magdeburg auch eine solche „Petzplattform“ einrichten, wie es die AfD bereits in Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen gemacht hat. Dagegen müssen wir uns einfach alle wehren, auch wir Schüler. Mit dem Wort „Vogelschiss“ wirft er auch Dreck auf die Millionen durch die Nazis Ermordeten. Das ist wenigstens meine Meinung dazu. Nächste Woche bin ich mit meinem Vortrag zum „Tagebuch der Anne Frank“ dran. Ich habe auch die Erinnerungen von einer der Helferinnen mit dem Namen Miep Gieß gelesen, die Anne und ihre Familie in ihrem Versteck vor den Nazis heimlich und unter Lebensgefahr mit Essen und Trinken versorgt hat. Darf unsere Lehrerin dazu keine Meinung sagen, wenn sie nicht in den Kram der AfD passt?

Das wäre ja noch schöner!

Tschüss Eure Lene

## STRUKTURWANDEL – NUR GEMEINSAM!



**01.12.2018 / 11:00–17:00**

**Gleis 1 – KulTourPunkt Bahnhofstr. 76 in Görlitz (Sachsen)**

Die UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice steht kurz bevor. Anlässlich der COP24 wollen wir in Lausitz regionale Zukunftsvisionen für die Energiewende entwickeln. Wie gelingt uns der Kohleausstieg? Welche alternativen Perspektiven haben die Menschen in der Region? Wo finden wir inspirierende Beispiele für einen Strukturwandel? Akteure aus Sachsen, Brandenburg und Polen widmen sich den offenen Fragen und erarbeiten gemeinsame Lösungswege. Wir laden Sie und Euch sehr herzlich dazu ein, mit uns zu diskutieren!

### **11:00 ERÖFFNUNG**

Rico Gebhardt, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Sächsischen Landtag  
Mirko Schultze, DIE LINKE. Görlitz  
Janna Aljets, RLS Brüssel

**STRUKTURWANDEL ALS EUROPÄISCHE AUFGABE**  
Cornelia Ernst, MEP und Vorsitzende der GUE/NGL

### **11:30 PANEL 1 LÖSUNGSVORSCHLÄGE AUS DER POLITIK**

Caren Lay, Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Thomas Domres, Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg  
Kathrin Kagelmann, Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag  
Janusz Piechocki, Bürgermeister Margonin, Polen (angefragt)  
Beata Maciejewska, Slupsk, Polen (angefragt)

### **13:00 MITTAGSPAUSE**

### **14:00 PANEL 2 LOKALE INITIATIVEN VON UNTEN GEGEN DIE KOHLE**

Adrian Rinnert, Strukturwandel jetzt! – Kein Nochten II  
Atterwasch oder Proschim, Bürgerinitiative aus Brandenburg (N.N.)  
Monika Sadkowska, Polnische Klimaaktivistin  
Isabell Braunger, Wiss. Mitarbeiterin TU Berlin, Institut für Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, Forschungsgruppe CoalExit

### **15:00 KAFFEPAUSE**

### **15:30 PANEL 3 KONTROVERSEN UND HERAUSFORDERUNGEN ZUM STRUKTURWANDEL**

Urszula Kuczynska, Partei Razmen, Polen  
Ruth Krohn, Klimagerechtigkeitsaktivistin  
Antje Grothus, Tagebaubetroffene und Mitglied der Kohlekommission (angefragt)  
Oliver Heinrich, Landesbezirksleiter der IG BCE im Landesbezirk Nordost

### **16:30 GEMEINSAME ABSCHLUSSDISKUSSION**

Ansprechpartnerinnen

**Manuela Kropp, GUE/NGL** manuela.kropp@europarl.europa.eu

**Janna Aljets, RLS Brüssel** janna.aljets@rosalux.org

Bitte melden Sie sich bis zum 28.11.2018 an bei:  
manuela.kropp@ep.europa.eu. Vielen Dank!

Eine Veranstaltung der GUE/NGL und der RLS Brüssel in Kooperation mit der RLS Sachsen und dem Abgeordnetenbüro Mirko Schultze.



## Der 9. November – Ein geschichtsträchtiger Tag

### Novemberrevolution 1918

Oktober 1918. Deutschland wird den Krieg nicht mehr gewinnen und die Friedensverhandlungen waren angelaufen. Doch das akzeptierten nicht alle Offiziere des Kaisers. Am 29. Oktober 1918 beschloss die Marineführung noch ein letztes Mal auszulaufen. Es war ein Himmelfahrtskommando, das letztlich nur die Ehre der Offiziere retten sollte. Doch die Matrosen spielten da nicht mit. Sie wollten ihre Leben nicht in einem sinnlosen Manöver verlieren. Sie verweigerten die Befehle und löschten das Feuer in den Kesseln, so dass die Schiffe nicht auslaufen konnten.

Man entschied sich, die Lage etwas zu entspannen und wollte ein Geschwader von Wilhelmshafen nach Kiel verlegen. Das gelang jedoch nicht. In Kiel solidarisierten sich Marine-Mannschaften, Werft-Arbeiter, Gewerkschafter und Sozialdemokraten mit den Matrosen. Es war ein blutiger Aufstand, der Tote und Verletzte forderte. Bereits nach ein paar Tagen beruhigten sich die Ereignisse, jedoch war das ganze Land dadurch in Aufruhr geraten. In vielen Städten des Deutschen Reiches kam es zu Unruhen. Aus dem einstigen „Matrosenaufstand“ war die Novemberrevolution geworden. Und dem Ziel, den Krieg zu beenden folgten rasch politische Forderungen und der Ruf nach dem Rücktritt des Kaisers.

Am 7. und 8. wurden in München und Braunschweig Republiken ausgerufen. Der bayrische König Ludwig III. dankte ab und auch in den übrigen deutschen Städten verzichteten Monarchen auf ihren Thron.

Am 9. November spitzte sich die Lage dramatisch zu. Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann erfuhren, dass Karl Liebknecht an diesem Tag die „freie sozialistische Republik Deutschland“ ausrufen wollte. Die Machthaber befürchteten sowjetische Verhältnisse und entschlossen sich zu spontanem Handeln. Reichskanzler Prinz Max von Baden verkündete in Berlin den Rücktritt des Kaisers und seinen eigenen. Er übergab die Regierungsgeschäfte an Friedrich Ebert, der seit 1913 Vorsitzender der SPD, der stärksten Partei im Reichstag war. Ebert nimmt an und übernimmt treuhänderisch bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die Macht.

Am selben Tag verkündet Philipp Scheidemann, Vorstandmitglied der SPD, von einem Fenster des Reichs-

tags aus das Ende des Kaiserreichs. Ebert ist entsetzt. Scheidemann habe nicht das Recht, die Republik auszurufen. Das obliege einer verfassungsgebenden Versammlung.

Kurz nach Scheidemanns Verkünden der Republik ergreift Karl Liebknecht das Wort. Vom Berliner Stadtschloss aus ruft er die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“ aus. In dieser Situation war Handlung gefordert. Es musste eine Übergangsregierung her, die am 10. November auf einer Berliner Versammlung von 3.000 Arbeiter- und Soldatenräten bestätigt wurde.

1919 folgten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Da es in Berlin zu Unruhen und Straßenkämpfen gekommen war, trat die Versammlung in Weimar zusammen. Aus diesem Grund nennt man den damals entstandenen Staat „Weimarer Republik“.

### Reichspogromnacht 1938

„Die Lösung der Judenfrage“ trieb Hitler und seinen Führungsstab Göring, Goebbels, Himmler und Heydrich an. Seit 1933 wurden immer schärfere Gesetze und Repressionen zu ihrer Ausschaltung aus Gesellschaft und Wirtschaft erlassen. Das Ziel war die Vertreibung der Juden, aber mit staatlicher Bereicherung durch willkürliche Enteignung jüdischen Besitzes. Es hatten bereits 250.000 Juden seit 1933 deutschen Boden verlassen. Etwa 300.000 zögerten mit ihrer Entscheidung, weil sie nicht wollten oder konnten. Aus Österreich kamen 200.000 Juden hinzu, die vertrieben werden sollten. Und immer mehr Staaten schlossen ihre Grenzen. Die braune Parteipresse jubelte: „Niemand will sie haben“.

Eine willkommene Gelegenheit zur Abschiebung war das neue Gesetz der polnisch rechtsnationalen Regierung: jedem Polen sollte die Staatsbürgerschaft aberkannt werden, wenn er länger als fünf Jahre ununterbrochen außerhalb Polens gelebt hat. Polen befürchtete, dass die polnischen Juden in ihre alte Heimat flüchten könnten. Das Gesetz trat Anfang Oktober 1938 in Kraft, wurde aber erst Mitte Oktober veröffentlicht. Auslandspolen hatten 14 Tage bis Ende Oktober Zeit, sich in Konsulaten ein Sichtvermerk in ihren Ausweis stempeln zu lassen. Ansonsten erlosch



## Pressemitteilung zur Vortragsreihe „Gentrifizierung und Zukunftsperspektiven des Wohnens“ des Bündnisses „Recht auf Stadt“

Am 29. Oktober 2018 startete die Vortragsreihe des Bündnisses „Recht auf Stadt“ in Halle (Saale). Das Bündnis wurde im Jahr 2017 von Aktivist\*innen aus unterschiedlichsten politischen Gruppen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ins Leben gerufen, um den steigenden Mieten in der Stadt, sozialer Segregation und der damit einhergehenden Gentrifizierung entgegen zu wirken. Gefordert wird nicht nur eine wohnungspolitische Kehrtwende hin zu sozialem und demokratisch verwaltetem Wohnen, sondern auch die Unterstützung bereits bestehender Freiräume, wie der „Hafenstraße 7“, die nach der Gerichtsentscheidung in der letzten Woche erneut schwer bedroht ist. Fest steht dabei, dass es interessant wird, denn auch in Halle wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden und manche Stadtteile sind für Gering- oder Nichtverdiener\*innen kaum noch bewohnbar. Das ist auch der Grund dafür, dass das Thema kommunalpolitisch immer bedeutsamer wird, wie es die bereits erwähnte Debatte um die Hasi, aber auch die um den gescheiterten Verkauf des Paulusparks gezeigt hat. Diese und weitere wieder einmal äußerst akute Problematiken sollen mit der jetzt anstehen-

den Reihe nicht nur thematisiert, sondern mit breiten Teilen der Stadtbevölkerung auch diskutiert werden. Den Anfang der vielseitigen Referent\*innen, die bis in den Januar hinein wichtige Punkte des Konzeptes „Recht auf Stadt“ vorstellen werden, machte Rut-Maria Gollan, die am 29. Oktober ab 18 Uhr über die Praxis von Wohnungsbaugenossenschaften und das „Projekt Wagnis-Art“ sprach. Zwei Wochen später, am 12. November, folgt der Architekt Klaus Dömer, der über „Strategien und Muster bezahlbaren Wohnens“ referiert. Danach folgt am 19. November ein Vortrag über alternative Wohnkonzepte mit besonderem Blick auf die Praxis von Mietschauksyndikaten von Christoph Fündgens, dem Gründer des Hallenser Miezhausevereins. Abgerundet wird die Reihe von Matthias Bode, der am 03. Dezember einen Überblick über die Entwicklung des Hallenser Immobilienmarktes innerhalb der letzten 10 Jahre geben wird. Alle weiteren Informationen und die gesamte Reihe finden Sie hier:

<https://www.facebook.com/RechtaufStadtHalle>

Über Ihre Fragen und Anmerkungen freuen wir uns unter der Adresse:

vorsitz@stura.uni-halle.de oder auf unserer Facebookseite

Mit freundlichen Grüßen,  
die Organisator\*innen

## Buchempfehlung

### Kristina Volke: Heisig malt Schmidt – Eine deutsche Geschichte über Kunst und Politik

Der 1925 in Breslau geborene ostdeutsche Maler Bernhard Heisig gehörte wie Tübke und Mattheuer zur Leipziger Schule. Er war bekannt für seine Zeichnungen und Lithografien zur 1848er Revolution und der Pariser Kommune. Dessenthalben war er sicherlich verwundert, als der scheidende westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt ihn 1986 bat, ein Portrait von ihm zu malen.

Kurz vor dem Ende seiner Kanzlerschaft wird Helmut Schmidt gebeten, einen Maler zu benennen, der für die Galerie im Kanzleramt ein offizielles Portrait von ihm herstellt. Er hatte die Galerie 1976 selbst gegründet. Schmidt benennt den ostdeutschen Maler Heisig und begründet dies mit dem künstlerischen Rang des Malers und seinen politischen Motiven. Im Kanzleramt sorgt diese Entscheidung für erhebliche Unruhe und auch in der DDR wird diese Aktion von der

Staatssicherheit aufwändig in der Operation „Mütze“ überwacht werden.

Nach einem ersten Treffen von Heisig und Schmidt in Hamburg verabreden sich beide in Leipzig, wo Schmidt dem Maler zwei Mal Modell sitzt. Zu mehr hat Schmidt keine Geduld, er ist ein Ruheloser. In dieser Schaffenszeit von Heisig entstehen mehrere Ölgemälde von Schmidt, Entwürfe und Studien für das finale Portrait. In den beiden Sitzungen kommen sich die Männer politisch nahe. Kristina Volke hat in ihrem Buch Bilder der beiden geschaffen und erzählt über die Unterschiedlichkeit ihrer Lebenswege in Ost und West. Und dennoch ähneln sie sich in ihrem Wesen.

Kristina Volke: Heisig malt Schmidt

Ch. Links Verlag

ISBN-10: 9783962890155

ISBN-13: 978-3962890155

224 Seiten, 30,00 Euro

Daniela Müller, Redaktion Saalekreis

## + + + Landtagsticker +

+ +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom  
24./25.10.2018

### **Würdiges Gedenken der Novemberpogrome vor 80 Jahren**

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“ Diese Mahnung des Shoah-Überlebenden Primo Levi gewinnt aktuell leider an Brisanz. Vor dem historischen Hintergrund der Novemberpogrome von 1938 fordert die Fraktion DIE LINKE den Landtag daher zum Bekenntnis auf, aus diesem Teil der deutschen Geschichte verantwortliche Lehren für Gegenwart und Zukunft zu ziehen: Bereits ersten Schritten gruppenbezogener Ausgrenzung, Stigmatisierung oder Diskriminierung muss entschieden entgegengetreten werden. Wer die Singularität dieses Menschheitsverbrechens in Abrede stellt oder dieses in anderer Form zu relativieren sucht, dem ist entschieden zu widersprechen. Außerdem würdigt der Landtag die Aktivitäten von Bürger\*innen, die die Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung und ihre Opfer wachhalten. Der Antrag unserer Fraktion mit einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen fand breite Zustimmung im Parlament – mit einer Ausnahme: Die AfD-Fraktion enthielt sich.

### **§ 219a des Strafgesetzbuches ersatzlos streichen**

Das deutsche Strafrecht stellt die Werbung für den Abbruch einer Schwangerschaft nach § 219a StGB unter Strafe. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit ihrem Antrag für die Streichung des Verbots der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche ein und fordert die Landesregierung auf, die bestehende Bundesratsinitiative der Länder Berlin, Hamburg, Thüringen, Brandenburg und Bremen zur Streichung von § 219a Strafgesetzbuch zu unterstützen.

Die Fraktion vertritt die Ansicht, dass der Paragraph 219a StGB für eine erhebliche Rechtsunsicherheit bei Ärztinnen und Ärzten sowie bei Beratungsstellen sorgt, ob das Gesetz überhaupt eine neutrale Aufklärung

zulässt. Nicht zuletzt wird so schwangeren Frauen in ihrer Notlage der Zugang zu belastbaren Informationen in Vorbereitung der durch sie zu treffenden Entscheidung verwehrt oder zumindest erheblich erschwert.

### **Notstand bei Pflegepersonal in Sachsen- Anhalts Krankenhäusern**

Die Personalausstattung der Pflegedienste der Krankenhäuser spiegelt seit Langem den sogenannten Pflege-notstand wider. Die Bundesregierung geht derzeit von circa 50 000 fehlenden Pflegekräften aus, berichtet die Fraktion.

DIE LINKE fordert deshalb mit einem Antrag die Landesregierung unter anderem auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Feststellung des zukünftigen Pflegepersonalbedarfs auf Basis der Ermittlung des individuellen Pflegebedarfs der Patient\*innen abgeleitet wird. Außerdem sollen Pflegepersonaluntergrenzen für alle medizinischen Abteilungen und Stationen der Krankenhäuser festgelegt werden.

### **Mehr Geld für Blinde und Gehörlose**

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht, mit dem das Blindengeld um 40 auf 360 Euro erhöht werden soll.

Das Blinden- und Gehörlosengeld gleicht blinden und gehörlosen Menschen ihre durch die Behinderung bedingten Mehraufwendungen aus und wird unabhängig vom Einkommen geleistet.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Erhöhung des Blindengeldes auf 400 Euro.

Außerdem sollen mehr Fachkräfte für Suchtberatungs- sowie Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsstellen durch bessere Vergütung gewonnen werden.

Der Gesetzentwurf wird nun in den Ausschüssen für Arbeit, Soziales und Integration, Inneres und Sport sowie Finanzen beraten.

#aktuell debattiert

**Kunst- und Medienfreiheit verteidigen!**

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3273dan.pdf>

Seit 2011 treten namhafte in der Programmreihe ZDF@Bauhaus mit Akustik-Konzerten im Bauhaus in Dessau-Roßlau auf. Am 6. November 2018 sollte die linke Punk-Band Feine Sahne Fischfilet auftreten. Nach einer Kampagne von AfD und Neonazis gegen die Band hat das Bauhaus dem ZDF eine Absage für das Konzert erteilt. Auch der Regierungssprecher der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt und Kulturstaatsminister Robra stiegen mit entsprechenden Äußerungen auf die Kampagne ein und verhalfen ihr somit möglicherweise mit zum Erfolg. Die Fraktion DIE LINKE ist der Ansicht, dass somit nicht nur die AfD, sondern offenkundig auch Teile der Landesregierung in unverantwortlicher Weise in die Programmhoheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Freiheit der Kunst eingegriffen haben.

#außerhalb des Landtages

**Proteste gegen KiföG-Novelle**

Während am Donnerstag nachmittag im Landtag heiß diskutiert wurde, ging es vor dem Landtag laut, bunt und kreativ zur Sache.

Mehrere Hundert Demonstrant\*innen haben auf dem Domplatz in Magdeburg gegen die Novelle des Gesetzes zur Kinderförderung der Regierungskoalition demonstriert, die auf der letzten Landtagssitzung eingebracht wurde (s. Landtagsticker vom 28. September). Unter dem Motto „Kinderförderung geht anders!“ forderten sie eine qualitativ bessere Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt. Die Fraktion DIE LINKE war dabei und bedankt sich für das Engagement! Wir stehen an der Seite der Demonstrierenden!

Erstellt von Kerstin Eisenreich (Mdl)

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Oktober 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden:

**[www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de)**

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

**Gesamtmitgliederversammlung  
Die LINKE. Halle  
Wahlergebnisse**

**Der Stadtverband Die LINKE. Halle unterstützt die Kandidatur von Hendrik Lange zur Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale) 2019 mit 106 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, abgegeben wurden 110 Stimmen.**

**Wahl der Delegierten zu den Landesparteitaggen 2019/2020,**

abgegeben: 89 Stimmen,

gewählt sind:

Name	Stimmen
Ute Haupt	86
Marianne Böttcher	81
Jana Bauermann	79
Marion Krischok	78
Henriette Quade	78
Frigga Schlüter-Gerboth	78
Janina Böttger	76
Elisabeth Nagel	70
Swen Knöchel	82
Hendrik Lange	82
Matthias Bode	72
Dirk Gernhardt	67
Lorenz Schleyer	66
Achim Bittrich	65
Jan Röttschke	62
Tobias Heller	58

**Ersatzkandidaten:**

Christine Radig	67
Stefan Schäfer	58
Jens Breitengraser	50

(S.Schäfer ist stimmengleich mit T. Heller, verzichtet aber auf das direkte Delegiertenmandat)

**Wahl der Vertreter\*innen zur Bundesvertreterversammlung, abgegeben. 89 Stimmen,**

gewählt sind:

Name	Stimmen
Marianne Böttcher	62
Marion Krischok	49
Matthias Bode	85
Swen Knöchel	84
<b>Ersatzvertreter:</b>	
Janina Böttger	44